

Ungemütliches Tauwetter

Lange galt der Konflikt als »eingefroren«. Doch jetzt könnte die Ukraine im von der Republik Moldau abgespaltenen Transnistrien die nächste Konfrontation mit Russland suchen

Reinhard Lauterbach

Verkleinert man das Satellitenbild auf dem Bildschirm weit genug, ist Transnistrien ein Strich in der Landschaft. Bei einer Länge von rund 200 Kilometern ist es im Durchschnitt nur 15 bis 20 Kilometer breit. Mit 3.567 Quadratkilometern ist es etwas größer als das Saarland und hat mit 500.000 Bewohnern gut halb so viel wie die Heimatregion von Erich Honecker und Oskar Lafontaine. Die »Pridnestrowischen Moldauischen Republik« grenzt nur an Moldau und die Ukraine, nicht jedoch an Russland. Das Wortungetüm »pridnestrowisch« bedeutet »am Dnjestr gelegen«. Muss man sich mit dieser Region – nennen wir sie der Lesbarkeit halber künftig mit ihrem im Westen gebräuchlichen und aus dem Rumänischen übernommenen Namen Transnistrien (»hinter dem Nister«, der rumänischen Bezeichnung des Flusses) – beschäftigen? Man muss natürlich nicht, aber seit einigen Wochen wäre es leichtfertig, es nicht zu tun. Denn in dieser Zeit hat die Ukraine drei Dinge getan, die geeignet sind, einen über zwei Jahrzehnte lang »eingefrorenen« Konflikt aufzutauen und womöglich auch hochzukochen.

Das erste war die Entscheidung des ukrainischen Präsidenten im April, eine Wirtschaftsblockade über Transnistrien zu verhängen. Petro Poroschenko wies die Behörden in der Region Odessa gleichzeitig an, die zahlreichen Pfade über die grüne Grenze zur Ukraine unpassierbar zu machen. Ende Mai beschloss das ukrainische Parlament, ein Paket von lange vor dem Maidan abgeschlossenen Militär- und Sicherheitsabkommen mit Russland aufzukündigen. Eines davon betraf den Transit russischer Soldaten und Versorgungsgüter nach Transnistrien. Die dritte Kiewer Entscheidung war die Berufung des ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili zum Gouverneur der an Transnistrien grenzenden Region Odessa. Offiziell wegen seiner großen Erfahrungen »im Kampf gegen Korruption und Schmuggel«. Rein zufällig lebte allerdings die kleine Republik die längste Zeit ihrer Existenz zu einem großen Teil genau davon: vom Schmuggel. Die Ernennung Saakaschwilis ist also, wenn man die offiziellen Elogen auf ihn ernst nimmt, eine Bekräftigung des Wirtschaftskrieges gegen Transnistrien. Durch die Aufkündigung des Transitabkommens für russische Soldaten und Versorgungsgüter könnte aus der Blockade auch ein richtiger Krieg werden.

Sie bringt die rund 1.500 in der Region stationierten russischen Militärs zwar nicht kurzfristig in Schwierigkeiten, denn ihre offizielle Funktion besteht darin, alte sowjetische Waffenlager zu bewachen. An Schießgerät wird es ihnen also zunächst wohl nicht fehlen. Aber langfristig stehen sie damit auf verlorenem Posten und könnten zu einem demütigenden Rückzug zu ukrainischen Bedingungen gezwungen sein. Selbst wenn Russland seine Truppen über eine Luftbrücke versorgen sollte, müsste es den Luftraum der Ukraine oder der Republik Moldau nutzen – mit Duldung oder gegen den Willen wenigstens eines der beiden Nachbarstaaten Transnistriens, das keinen Zugang zum Schwarzen Meer hat. Die moldauischen Streitkräfte sind dabei zwar eher zu vernachlässigen. Doch die Ukraine hat demonstrativ eine Batterie moderner Boden-Luft-Raketen ins Grenzgebiet verlegt. Sollte eine ukrainische Rakete tatsächlich ein russisches Transportflugzeug abschießen, wäre das vermutlich ein Casus Belli. Vielleicht kommt es Kiew genau auf diese Option an, und russische Sandkastenstrategen spielen einen solchen Krieg auf ihren Webforen ebenfalls schon einmal durch: Die Szenarien laufen darauf hinaus, aus Transnistrien heraus Odessa zu erobern, entlang der Schwarzmeerküste auf die Dnipro-Mündung vorzustoßen und sich irgendwo nördlich der Krim mit den Volkswahren des Donbass zu vereinigen. Das wäre jenes »Neurussland«, dessen Namen Wladimir Putin seit Monaten nicht mehr öffentlich in den Mund nimmt, was ihm russische Hurratrioten durchaus übel nehmen.

Land vieler Herren

Die Region, um die es geht, war früher auch als »Bessarabien« bekannt. Der Name hat nichts mit Arabien zu tun, sondern geht auf ein rumänisches Fürstengeschlecht zurück, das hier irgendwann im Mittelalter einmal geherrscht hat. Das Land geriet im

16. Jahrhundert unter osmanische Herrschaft, und dann im frühen 19. Jahrhundert unter russische. Zarin Katharina II. hatte Russland auf Kosten der Türkei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zur Nordküste des Schwarzen Meeres ausgedehnt und dies 1794 mit der Gründung der Festung Odessa besiegelt. Bessarabien wurde 1812 von Katharinas Nachfolger Alexander I. der Hohen Pforte abgenötigt und war zunächst einmal ein Stück Land, das der Flankensicherung diente und wohin unliebsame Intellektuelle verbannt wurden. Darunter auch der junge Dichter Alexander Puschkin, der drei Jahre in Kischinjaw (Chisinau) verbringen musste, das er in seinen Versen als trostloses Loch beschimpfte. Dem ist auch heute wenig hinzuzufügen. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ließen die Zaren die vorher schwach bevölkerte Region von Kolonisten aus ganz Europa besiedeln und urbar machen: So kamen erste Russen dorthin (und auch einige zehntausend Deutsche, die auf der Grundlage des Nichtangriffspakts zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion zwischen 1939 und 1941 von den deutschen Faschisten genötigt wurden, »heim ins Reich« zu kehren«).

Nach der Oktoberrevolution eroberte Rumänien den Großteil des heutigen Moldau. Nach dem Ende des russischen Bürgerkriegs verlief die Grenze zwischen der Sowjetunion und Rumänien genau an jenem Dnjestr, der heute auch Transnistrien und Moldau voneinander trennt. Transnistrien wurde zu einer »moldauischen Autonomen Republik« innerhalb der ukrainischen Sowjetrepublik gemacht. 1940 dehnte Stalin aufgrund einer Absprache mit Hitler die UdSSR auf jene zwischenzeitlich rumänischen Teile von Moldau aus, 1941 eroberte Rumänien die ganze Region im Gefolge Nazideutschlands zurück, 1944 nahm die Sowjetunion das Gebiet zum zweiten Mal in Besitz und machte es zur »Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik«. In der Nachkriegszeit begann der Aufbau eines Industriegebiets in jenem Landstreifen rechts des Dnjestr, der schon vor dem Zweiten Weltkrieg zur UdSSR gehört hatte. Die Arbeitsplätze zogen Menschen aus der ganzen Sowjetunion an, wegen des angenehmen Klimas siedelten sich auch viele pensionierte Militärs hier an. Jedenfalls hatten in den späten 1980er Jahren, als die Sowjetunion zu zerfallen begann, rechts des Dnjestr – anders als im Rest von Moldau – Russen und Ukrainer gemeinsam eine Mehrheit gegenüber den Moldauern, die sich nun wieder als Rumänen fühlten.

Elend des Nationalismus

1988 erhob der Nationalismus auch in Moldau sein Haupt mit harmlos wirkenden Literaturklubs »zur Unterstützung der Perestrojka«. 1989 wurden die Nationalisten kühner und gründeten eine Moldauische Volksfront, die sogleich aufs Ganze gehen wollte und forderte, die Zweisprachigkeit der Republik mit den Amtssprachen Russisch und Moldauisch/Rumänisch abzuschaffen. Opportunistische regionale Parteichefs wie Mircea Snegur versuchten, ihre Positionen zu retten, indem sie auf den nationalistischen Zug aufsprangen. Die russischsprachige Bevölkerung rechts des Dnjestr protestierte. Ende 1989 gab es die ersten Zusammenstöße zwischen der von den Nationalisten kontrollierten moldauischen Polizei und Selbstverteidigungsmilizen der transnistrischen Betriebe in der Grenzstadt Bendery. Während bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der Republik Moldau im Januar 1990 die Nationalisten große Zuwächse einfuhren, organisierte sich auf dem rechten Flussufer ein »Rat der Vereinigten Arbeitskollektive« und forderte eine Autonomie innerhalb Moldaus. Bei einem Referendum stimmten 96 Prozent der Bevölkerung dafür, doch die neue Führung in Chisinau wollte die Region angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nicht ziehen lassen. Im Juni 1990 erklärte sich die ehemalige Sowjetrepublik Moldau für souverän und strich den Bezug zur Sowjetunion aus ihrem Namen. Drei Monate später proklamierte der »Rat der Vereinigten Arbeitskollektive« eine eigene Sowjetrepublik und verlangte die Aufnahme in die UdSSR. Nach dem gescheiterten Versuch einiger Offiziere, den Zerfall der Sowjetunion am 19. August 1991 durch einen Staatsstreich aufzuhalten, erklärte Moldau am 27. August seinen Austritt aus der UdSSR und nahm Kurs auf einen Anschluss an Rumänien. Auf dem [rechten] linken Ufer wurden von da an eigene staatliche Strukturen aufgebaut. Parallel gab es immer wieder Schusswechsel und kleinere Kämpfe entlang des wieder zum Grenzfluss gewordenen Dnjestr.

Russland kam im Herbst 1991 in Transnistrien ins Spiel, als es einen Waffenstillstand zwischen den moldauischen und den transnistrischen Streitkräften vermittelte. Er hielt nicht lange, weil moldauische Truppen immer wieder versuchten, das rechte Flussufer zurückzuerobern. Dabei gerieten auch Truppen der in Transnistrien stationierten 14. Armee der russischen Streitkräfte unter moldauischen Beschuss. Als Reaktion griffen sie in die Kämpfe ein und drängten die Moldauer zurück. Der damalige russische Kommandeur, ein Fallschirmjägergeneral namens Alexander Lebed, wurde hierdurch erstmals einer größeren Öffentlichkeit in Russland als jemand bekannt, der einen der unzähligen »heißen Punkte« jener Zeit erfolgreich befriedet hatte. Für ihn persönlich war es der Start einer politischen Karriere, die ihn über eine Präsidentschaftskandidatur 1996 schließlich bis ins Amt des Gouverneurs von Krasnojarsk führte. Seine Hinterlassenschaft in Transnistrien ist die Garantie der Waffenstillstandslinie von 1992 als faktischer Grenze zwischen Moldau und der abgespaltenen Region. Einer Grenze, die im übrigen im Alltag relativ einfach zu passieren ist.

Staat als Familienunternehmen

Hinter der sprachlich-kulturellen Dimension des Transnistrien-Konflikts in seiner akuten Phase verbirgt sich allerdings auch eine wirtschaftliche. Der »Vereinigte Rat der Arbeitskollektive« war de facto eine Allianz der sowjetischen Betriebsdirektoren. Wie überall im Land gewannen sie im Zuge der Auflösung der Planwirtschaft an Macht, und wie ihre Kollegen anderswo in der zusammenbrechenden Sowjetunion waren auch sie bestrebt, das Volkseigentum, das zu verwalten sie berufen worden waren, erst faktisch und dann auch rechtlich in ihr Privateigentum zu verwandeln. Sie hatten kein Interesse daran, die Ressourcen, die sie kontrollierten, mit den »Barfußnationalisten« aus Chisinau zu teilen, die zwar politische Mehrheiten hinter sich wussten, aber wirtschaftlich von ihnen abhängig waren. Die infolge der politischen Veränderungen verunsicherten und desorientierten Belegschaften wurden vermöge eines betrieblichen Paternalismus bei der Stange gehalten, um die Aneignung des Volksvermögens seitens ihrer Chefs politisch zu flankieren. Die Pflege sowjetischer Symbolik im öffentlichen Raum Transnistriens, die die wenigen westlichen Journalisten, die sich dorthin verirren, stets dazu veranlassen, die Republik als »Freilichtmuseum« oder ähnliches zu beschreiben, gehörte und gehört zu dieser Strategie der Loyalitätssicherung. Je radikaler die Grundlagen sich geändert haben, desto vertrauter muss die visuell erfahrbare Umgebung und müssen die Rituale des Alltags bleiben.

Wie weit der Schulterchluss von Belegschaften und Führung in den frühen neunziger Jahren ging, zeigt eine Episode aus dem Leben von Igor Smirnow, dem damaligen Vorsitzenden des »Vereinigten Rats der Arbeitskollektive«. Smirnow, ein sowjetischer Manager, war erst 1987 in die Region gekommen, um den zum Militärisch-Industriellen Komplex zählenden Motorenhersteller »Elektromasch« in Tiraspol zu leiten. Seine Person ist ein interessantes Beispiel für die Verwandlung delegierter Verfügungsgewalt zu Sowjetzeiten in zunächst politische Macht und dann deren Nutzung für die Etablierung eines quasidynastischen Wirtschaftssystems in der abgespaltenen Republik. Smirnow ließ sich in verschiedene Spitzenämter der gerade ausgerufenen »Pridnestrowischen Moldauischen Republik« hieven, im Dezember 1991 wurde er zum Präsidenten gewählt. Als er Ende August 1991 zu politischen Gesprächen in der erst wenige Tage zuvor unabhängig gewordenen Ukraine war, ließen deren Behörden es zu, dass moldauische Polizisten Smirnow in Kiew kidnappten und nach Chisinau verschleppten. Er saß einen guten Monat in moldauischer Haft, wurde allerdings freigelassen, als die Beschäftigten der transnistrischen Kraftwerke drohten, die Stromlieferungen an Moldau einzustellen.

In den zwanzig Jahren seiner Präsidentschaft von 1991 bis 2011 gelang es Smirnow, die Wirtschaft Transnistriens weitgehend unter die Kontrolle seiner Familie zu bringen. Sein einer Sohn wurde Leiter der Zollverwaltung und kontrollierte damit die zentrale Einnahmequelle der Republik, sofern man unter Zolleinnahmen vor allem die unter der Hand gezahlten Gebühren für das Vermeiden einer Zollabfertigung verbucht. In dessen Zeit fällt die Entwicklung Transnistriens zu einem Schmuggelparadies mit einem einfachen Geschäftsmodell: Importgüter vom Weltmarkt, etwa Autos oder Computer, wurden mit dem vermeintlichen Bestimmungsort Moldau im Hafen von Odessa entladen. Auf dem Weg verschwand ein Teil der Ladung in Transnistrien und wurde über die grüne Grenze in die Ukraine geschafft, wo die zu Duty-Free-Preisen angebotene Ware immer ihre Käufer fand. Smirnows zweiter Sohn baute dagegen unter dem Label »Sheriff« ein Firmenimperium auf, an dem in Transnistrien niemand vorbeikam, der sein Auto betanken oder mobil telefonieren wollte. Einige andere transnistrische Betriebe haben bis zur ukrainischen Grenzblockade nach Russland exportiert; ein Textilhersteller in Tiraspol soll über lange Jahre den deutschen Discounter Aldi beliefert haben.

Ukrainische Provokation

Es liegt nahe, dass ein solches Hybridwesen aus Staatlichkeit und Familienunternehmen in erster Linie daran interessiert sein musste, den entstandenen Status quo zu verteidigen. Verhandlungen über eine Reintegration Transnistriens in den moldauischen Staatsverband wurden unter EU- und OSZE-Schirmherrschaft immer wieder einmal begonnen, scheiterten aber regelmäßig daran, dass Smirnow weitgehende Autonomieforderungen stellte, die die moldauische Seite zu erfüllen nicht bereit war. Russland war es recht; es war und ist aus anderen Gründen ebenfalls an einer Verlängerung dieses Status quo interessiert, denn er umfasst eben auch die Präsenz jener 1.500 russischen Soldaten im Land. Es stärkte deshalb in den entsprechenden Verhandlungen Smirnow stets den Rücken, indem es seinen eigenen Rückzug davon abhängig machte, dass sich Moldau und Transnistrien einigten, wohl wissend, dass dies so schnell nicht geschehen würde. Erst als sich Smirnow anschickte, 2011 entgegen dem »Rat« der russischen Präsidentschaftsverwaltung unter Dmitri Medwedew für eine sechste Amtszeit zu kandidieren, zog Moskau den Stecker. Als Folge gelangte der Kandidat mit 25 Prozent der Stimmen nicht einmal mehr in die Stichwahl. Sein Nachfolger Jewgeni Schewtschuk beschuldigte ihn 2012, nach seiner Abwahl 90 Prozent der Devisen- und Goldreserven Transnistriens gestohlen zu haben. Bei seinem Amtsantritt habe er auf den Konten der Staatsbank nur noch knapp 50.000 US-Dollar vorgefunden. Die Zeitung der transnistrischen Kommunisten behauptete sogar, das Devisenkonto sei im Minus gewesen. Das russische Zentrale Fahndungskomitee – eine Art BKA – ermittelte nicht nur gegen Smirnow senior, sondern auch gegen einen seiner Söhne wegen diverser Wirtschaftsdelikte. Wodurch Smirnow in Moskau in Ungnade gefallen war, blieb dabei nach außen unausgesprochen. Man kann vermuten, dass die Plünderung der Nationalbank auch russischen

Interessen zuwiderliefe, denn Russland subventioniert Transnistrien ohnehin jährlich mit einem dreistelligen Dollar-Millionenbetrag.

Die ukrainische Blockade hat Transnistrien abrupt in eine Wirtschaftskrise gestürzt. Im Frühjahr musste das Parlament einen Sonderhaushalt beschließen, um die Auszahlung der Renten zu ermöglichen. Präsident Schewtschuk drohte Kiew für den Fall eines Angriffs mit einer Mobilmachung von 150.000 Reservisten, das russische Militär in der Region trainiert ein ums andere Mal die Abwehr von »Terroranschlägen«. Trotzdem dürfte die Republik, wenn es wirklich zu einer koordinierten ukrainisch-moldauischen Militäraktion kommen sollte, militärisch keine Chance haben; dazu fehlt ihr schlicht die strategische Tiefe. Der wesentliche Trumpf der Regierung in Tiraspol sind die russischen Truppen. Werden sie angegriffen, ist Russland im Spiel und muss reagieren. Kiew ist dabei an dieser Front – anders als im Donbass – in einer komfortablen Situation. Greift es militärisch an, provoziert es Russland zu einem Krieg, den dieses nicht oder wenigstens hier nicht will, riskiert aber, diese Auseinandersetzung zu verlieren. Sollte es zur Konfrontation kommen, kann man mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass sich Kiew in Washington rückversichert hat. Wahrscheinlicher scheint aber bis zum Beweis des Gegenteils, dass es der Ukraine zunächst einmal darum geht, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Transnistriens zu provozieren und dies dann zu einem Faustpfand in Verhandlungen über die Rückgewinnung der Kontrolle über das Donbass zu machen. Etwa durch einen Deal: ungehinderter Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien gegen die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die Grenze zu Russland. Dann wären die Volksrepubliken Donezk und Lugansk innerhalb von Wochen ebenfalls am Ende. Das Problem an dieser Rechnung: Russland sieht sich nach den Worten seines Präsidenten vom Westen mit dem Rücken an die Wand gedrängt. Es könnte daher zu dem Ergebnis kommen, angesichts einer solchen absehbaren doppelten Niederlage den Befreiungsschlag zu riskieren. Was dann geschähe, ist im voraus nicht kalkulierbar. Vom Zusammenbruch der Kiewer Regierung bis zur NATO-Intervention zu ihren Gunsten sind alle Optionen denkbar. Wobei dann klar sein dürfte, dass es dabei nicht um 3.500 Quadratkilometer einer Republik gegangen sein wird, die 23 Jahre lang bis auf rumänische Nationalisten und ukrainische Zollbeamte niemanden gestört hat – und der ihre nach »Europa« strebenden Nachbarn in Sachen Korruption übrigens um keinen Deut nachstehen.

Reinhard Lauterbach ist freier Journalist und lebt in Polen. Auf diesen Seiten gab er zuletzt am 6.11.2014 einen Ausblick auf die Entwicklungen in der Ukraine nach den Parlamentswahlen.

Am heutigen Donnerstag spricht Lauterbach mit Chefredakteur Arnold Schölzel über »Russland und die BRICS – Ausweg oder Selbstbetrug?«. Beginn: 19 Uhr; Ort: jW-Ladengalerie, Torstraße 6, 10119 Berlin.

<http://www.jungewelt.de/2015/07-09/001.php>